

Amer Tageblatt

Bevollmächtigte des Reichstages
und des Reichspräsidenten
angegeben. — Höchstens werktäglich.
Sprech- und Anrufzeit bis 10 U.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe des Verlags für den Kreisgebiet
Sprech- und Anrufzeit bis 10 U.
Sprech- und Anrufzeit bis 10 U.
Sprech- und Anrufzeit bis 10 U.

Enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1008

Nr. 286

Mittwoch, den 7. Dezember 1932

27. Jahrgang

Bertagung nur bis zum 10. Januar?

Heute Zusammentritt des Reichstages — Ermöglichung der Bertagung durch Amnestie-Notverordnung

Reibungsloser Ablauf gesichert?

Berlin, 5. Dez. Eine Unterredung zwischen Reichskanzler von Schleicher und dem Reichstagspräsidenten Goering hat heute stattgefunden. Wie von zureichender Seite erklärt wird, ist auf Grund dieser Besprechung der reibungslose Ablauf der morgigen Reichstags-Sitzung gesichert. Der Reichstag wird sich morgen lediglich konstituieren. Weiteres kann über die Verhandlungen des Kanzlers mit dem Reichstagspräsidenten noch nicht gesagt werden, da die Besprechungen noch weiter fortgeführt werden. Es wäre denkbar, daß Goering auch mit den Parteiführern Fühlung nehmen wird. Reichskanzler von Schleicher ist übrigens jederzeit bereit, die Erklärung der neuen Regierung im Reichstag abzugeben.

Berlin, 5. Dez. Wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten meldet, herrschte bereits in den Vormittagsstunden des Montags bei allen Parteien ein lebhaftes Treiben. Von den verschiedenen Fraktionen, die heute zusammenkommen, begann zuerst die Zentrumspartei ihre Sitzung am Vormittag, während zu gleicher Zeit die Gruppe der Christlich-Sozialen im Reichstag zusammenkam. Bei den Sozialdemokraten, deren Fraktionssitzung erst am frühen Nachmittag angefangen ist, fand eine Vorstands-Sitzung statt, an der auch Ministerpräsident Braun wieder teilnehmen konnte, nachdem er von seiner Erkrankung wiederhergestellt ist. In der kommunistischen Fraktion wird bekannt gegeben, daß die KP. sofort ein Antragprogramm einbringen werde, das außer dem Wehrtraktat einen Antrag auf die Erweiterung des Reiches um die Gebiete der Weimarer Republik enthalten solle. In Bezug auf die bedeutendste Frage für den Reichstag und sein Verhältnis zur Regierung von Schleicher konzentrierte sich besonders Interesse auf die Haltung der Nationalsozialisten. Dem Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten wird erklärt, daß die am Sonnabend begonnenen Besprechungen zwischen Reichskanzler von Schleicher und dem Reichstagspräsidenten Goering fortgesetzt und für streng vertraulich erklärt worden seien. Es heißt, daß die Nationalsozialisten die Parole vertreteten, nichts zu unternehmen, was die Gegner fördern oder unterstützen könnte. Die Haltung der NSDAP. dürfte näher skizziert werden, nachdem heute spät nachmittags die neue nationalsozialistische Reichstagsfraktion ihre erste Sitzung beendet hat, die in Anwesenheit Adolf Hitlers im Hause des Reichstagspräsidenten Goering stattfand und bei der sich Hitler, wie üblich, die neue Fraktion vorstellen lassen wird. In nationalsozialistischen Kreisen verlautet, daß eine eventuell kürzere Bertagung des Reichstages bis zum 10. Januar durchaus denkbar erscheine unter der Voraussetzung, daß etwa auf dem Gebiet der politischen Amnestie die neue Reichsregierung Entgegenkommen zeige, vor allem gegenüber den durch die Sondergerichte auf Grund der Terrornotverordnung Verurteilten. Eine längere Bertagung hält man nicht für wahrscheinlich.

Kampfwahl um das Präsidium

Der nationalsozialistische Antrag

Berlin, 6. Dez. Das Hauptthema der heutigen Morgenblätter ist naturgemäß der Beginn des Reichstages. Im Zusammenhang mit den Berichten über die verschiedenen Fraktionssitzungen, die bereits gestern stattgefunden haben, und die Erklärungen der einzelnen Fraktionen erweitert die Morgenpresse die Frage, welche Ausschichten die angebotenen Anträge haben werden und ob es zu der abschließenden Bertagung des Reichstages bis zum Januar kommen wird. In diesem Zusammenhang wird dem Antrag der Nationalsozialisten auf Schaffung eines Gesetzes zur Stellvertretung des Reichspräsidenten besondere Bedeutung beigegeben. Die Blätter nehmen allgemein an, daß die erforderliche Zweidrittelmehrheit für ein solches Verfassungsänderndes Gesetz zustande kommen wird, da die Mittelparteien und die Sozialdemokraten ihm zustimmen würden. Der „Berliner Kurier“ schließt aus der Einbringung dieses Gesetzes, daß die Nationalsozialisten dem Reichstag sein Ziel erschaffen wollten. Die „D. M. Z.“ stellt die politische Bedeutung dieses

und der anderen nationalsozialistischen Anträge darin, daß sie der Fraktion der NSDAP. Gelegenheit geben könnten, kommunistische oder sozialdemokratische Anträge, die die Gefahr einer vorzeitigen Reichstagsauflösung mit sich brächten, unter dem Hinweis darauf abzulehnen, eine Unterfertigung solcher Anträge würde die für bringlich gehaltenen sachlichen Anträge der NSDAP. in Frage stellen. In einer Reihe von Zeitungen wird angedeutet, daß es bei der Wahl des Reichstagspräsidenten zu „Kampfwahlen“ kommen dürfte. Die „Vossische Zeitung“ spricht davon, daß die Nationalsozialisten den Deutschnationalen Graef nicht wieder als Vizepräsidenten wählen wollten wegen seiner Haltung beim Empfang des alten Präsidiums beim Reichspräsidenten. Wenn die Deutschnationalen daraufhin nicht für Goering stimmen würden und die Deutsche Volkspartei sich ihnen angeschlossen, würde Goering erst im zweiten Wahlgang mit einer relativen Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum gewählt werden können. Daraus könnten sich (so meint das Blatt) Überlegungen bei der Wahl der Vizepräsidenten ergeben. Andere Blätter sprechen davon, daß durch die von den Sozialdemokraten beschlossene Aufstellung Lübes als Kandidaten für den Präsidentenposten Auseinandersetzungen bei der Wahl der Vizepräsidenten entstehen könnten. Die „Berliner Zeitung“ meint, daß eine Entscheidung darüber in einer Fraktionsführerbekämpfung heute vormittag fallen wird.

Verzicht auf die Kontingente?

Berlin, 5. Dezember. Eine amtliche Mitteilung darüber, auf welcher Grundlage die Einigung zwischen Reichswirtschaftsminister Warmbold und Reichsernährungsminister v. Braun erfolgt ist, ist nicht ausgegeben worden. Wie zuverlässig verlautet, geht die Einigung dahin, daß man den für notwendig erachteten Schutz der Landwirtschaft weniger auf dem Wege der Kontingente als vielmehr auf handels- und volkspolitischen Wege erreichen will. Da Anfang nächsten Jahres verschiedene Handelsverträge ablaufen, hat man die Möglichkeit, diesen Weg zu beschreiten, ohne aus handelspolitische Bindungen Rücksicht nehmen zu müssen. Unter Umständen kommen für die kurze Frist bis zum Ablauf dieser Handelsverträge Zwischenkontingente in Frage, um Voreindeckungen mit bestimmten Waren unmöglich zu machen.

Arbeitsgemeinschaft Volkspartei-Vollbieter

Berlin, 5. Dez. Die Reichstagsgruppen der Deutschen Volkspartei und des Volksdienstes haben sich, wie das Nachrichtenbüro des Reichspräsidenten meldet, zu einer Fraktion der Technischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die politische Selbständigkeit der beiden Gruppen bleibt durch die Bildung dieser technischen Fraktion unberührt. Die Zahl der Mitglieder beträgt elf Volksparteiler, fünf Christlich-Sozialen und einen Hannoveraner.

Der G.D. an die Reichsregierung

Berlin, 5. Dez. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten verbreitet einen offenen Brief an die Reichsregierung, in dem u. a. folgende Forderungen aufgestellt werden: Wegfall der Bedarfskontrollprüfung in der Arbeitslosenversicherung, Beseitigung der Sonderbelastung der Angestellten in der Arbeitslosenhilfe, Ausgleichung der Härten in der Gewährung der Winterzulage, Zulassung gewerkschaftlicher Ersatzklassen auch in der Arbeitslosenversicherung. Die Angestelltenversicherung muß wieder das Recht zur selbständigen Beitrags- und Leistungsprüfung lediglich aus den Erfordernissen der Versicherten erhalten. Mittel der Angestelltenversicherung dürfen nicht zugunsten anderer Versicherungsgruppen verwendet werden. Der Anspruch auf ein festes Monatsgehalt muß sichergestellt werden. Weiter wird gefordert: Aufrechterhaltung und Ausbau des Kündigungsschutzes und aller Schutzbestimmungen im Betriebsrats- und Schwerbeschädigtengesetz, wirksame Bekämpfung des Doppelverdienstums, Beseitigung des Provisionsvertreter-Unwesens, Verbot aller Angestellten-Ueberarbeit, Aufhebung der Lohnzurückverrechnung, Aufhebung aller diktorischen Eingriffe in die



General Siegmund

der 27jährige nationalsozialistische Abgeordnete, selbst als Alterspräsident die erste Sitzung bis zur Wahl des Präsidiums.

Abschiedsbesuch Herrn von Papens beim Reichspräsidenten

Berlin, 5. Dez. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Reichskanzler von Papen zur Verabschiedung. Der Reichspräsident überreichte bei dieser Gelegenheit als letztes Zeichen seines Dankes dem Kanzler sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift.

soziale Gesetzgebung. Ueber diese aktuellen Forderungen hinaus spricht der G.D. die Erwartung aus, daß ein großzügiges öffentliches Arbeitsbeschaffungsprogramm ins Werk gesetzt, die generelle Arbeitszeit verläßt und auf die handelspolitische Umgestaltung endgültig Verzicht geleistet wird.

Arbeitsbeschaffungsprogramm des D.H.B.

Berlin, 5. Dez. Der Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband hat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das heute der Reichsregierung unterbreitet wird. In diesem Programm heißt es u. a., daß eine bewußt geleitete Kreditausweitung imstande sei, die Wiederbelebung der Wirtschaft zu beschleunigen. Der D.H.B. schlägt zum Zweck einer solchen Kreditausweitung folgende Maßnahmen vor: 1. Der Reichsbankdiskont ist solange zu senken, bis wieder in großen Ausmaße Handelswechsel an die Reichsbank herangebracht werden. 2. Die einmal geschaffenen Steuergutscheine sind zum Zweck ihrer finanziellen Verwertung dauernd in der Nähe des Bankstandes zu halten. 3. Es ist notwendig, bestimmte Wertpapiergruppen als Deckung für einen erweiterten Notenumlauf zuzulassen. Der Ankauf solcher Wertpapiere soll weiter die Wirkung haben, den Kauf der festverzinslichen Wertpapiere zu haben, d. h. also, zur Herabdrückung des Zinsfußes in Deutschland beizutragen. Solche Wertpapiere sind insbesondere Reichs-, Länder- und Gemeindepfandbriefe sowie Pfandbriefe. Die Einführung solcher Wertpapiere als berechnete unmittelbare oder mittelbare Anlage von Notenbankmitteln würde sehr bald neue private und öffentliche Emissionen ermöglichen. 4. Für die Uebergangszeit ist das System der Notenbedeckung durch Finanzwechsel noch fortzusetzen.

Die Thüringer Wahlen

Weimar, 5. Dez. Die letzten Ergebnisse der Thüringer Kommunal- und Kreisratswahlen, die am Montag eingingen, bestätigen die schon vorhergesehenen Tatsachen eines starken Stimmenrückganges infolge der allgemeinen Wahlmüdigkeit. Sehr bezeichnend ist das Resultat der Wahl zum Eisenacher Kreisrat. Hier haben bei einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent die Nationalsozialisten gegenüber den letzten Reichstagswahlen mehr als 30 Prozent ihrer Stimmen eingebüßt, während der Landbund, der mit einzelnen bürgerlichen Gruppen zusammenschloss, seinen früheren Bestand von vier Mandaten wieder erreichen konnte. Auch die Kommunisten haben einen erheblichen Stimmenrückgang zu verzeichnen. — Die neugewählten Parlamente treten erst mit Beginn des Jahres 1933 in Tätigkeit.

Hindenburgs Stimme auf Schallplatten

Berlin, 5. Dez. Der Herr Reichspräsident hat seine am 4. Oktober dieses Jahres gehaltene Dankansprache zu